

Eltern und Kinder unter Druck

**Beiträge zur Auseinandersetzung
um die Primarschule von**

**Dora Heyenn
Jan Feddersen
Klaus Bullan
Kay Beiderwieden**



50 Cent

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
von Dora Heyenn	
Klassenstatusgier der Lifestylelinken	4
von Jan Feddersen	
Eltern & Kinder unter Druck	5
185.000 Stimmen gegen die Schulreform in Hamburg – woher kommen die?	
von Klaus Bullan	
Mit Tacitus gegen die Türken?	18
von Jan Feddersen	
Empirische Studien zum Elternwahlrecht	19
von Kay Beiderwieden	

Wir danken den Autoren sowie der Zeitschrift SOZIALISMUS für die Abdruckrechte ihrer Texte.

Diese Publikation entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Hamburger Skripte 20

Eltern und Kinder unter Druck. Beiträge zur Auseinandersetzung um die Primarschule Hrsg.: Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg e.V.; Mai 2010

- Schutzgebühr 0,50 €

Zimmerpforte 8 | 20099 Hamburg | Tel 040 - 29 88 24 35 | [info\[at\]rls-hamburg.de](mailto:info[at]rls-hamburg.de) | www.rls-hamburg.de

Die Hamburger Skripte können in gedruckter Form bezogen werden. Hierzu ist entweder eine Einzahlung auf unser Konto (Hamburger Volksbank – BLZ 20190003 – Kto. 88169707) oder die Einsendung von Briefmarken jeweils in Höhe des Einzelpreises zzgl. 1,45 € Porto an unsere Anschrift erforderlich. Außerdem können die Hamburger Skripte kostenfrei von unserer Website als PDF-Datei herunter geladen werden.

Volksentscheid für die Primarschule

Einleitung von Dora Heyenn¹

Schule ist ein Dauerthema, nicht nur in den Familien - auch in der Politik. In Hamburg haben wir eine jahrzehntelange zermürbende Auseinandersetzung erlebt, in der es immer darum ging, ob das Gymnasium besser ist als die Gesamtschule oder nicht.

Bessere Schulen, das war es, was immer angestrebt wurde. Die Fakten liegen auf der Hand:

- fast 10% eines Jahrgangs verlässt die Hamburger Schulen ohne Abschluss
- über 7.000 Jugendliche erhalten nach der Schule keinen Ausbildungsplatz und landen im Übergangssystem ohne Aussicht auf eine berufliche Perspektive.
- In PISA-Studien lag Hamburg immer ganz hinten.
- Kinder mit mindestens einem Akademiker-Elternteil haben – bei gleicher Leistung! - eine 4,5 x höhere Chance als Kinder, deren Mutter und Vater keinen Hochschulabschluss haben.
- Kinder und Jugendliche aus einem Elternhaus mit Migrationsbiografie werden besonders häufig benachteiligt und davon insbesondere Jungen.

Das Problem, dass die soziale Herkunft entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg in der schulischen Laufbahn ist, kennt man schon lange. Viele kleine „Reformen“ wurden auf den Weg gebracht – aber das Problem wurde nicht an der Wurzel gepackt. Jetzt wird versucht das Schulsystem in Richtung Integration statt Selektion zu ändern, und zwar mit der Verlängerung der 4-jährigen Grundschule zur 6-jährigen Primarschule.

Die Initiative WWL prangert es als „Zwang“ an und vergleicht es mit totalitären Systemen und nennt es autoritär. Das geht entschieden zu weit und ist politisch unanständig. Einen zwischenzeitlich getroffenen Vergleich mit dem Schulsystem der Nationalsozialisten musste Herr Scheuerl auch öffentlich zurücknehmen. Aber die Methode bleibt. Es soll der Eindruck erweckt werden, als könnten wir sonst alles frei wählen, was nun wirklich nicht der Fall ist. Es gibt den „Zwang“ in die Schule zu gehen, das nennen wir Schulpflicht und es war eine große soziale Errungenschaft. Es gibt den „Zwang“ Steuern zu zahlen, wenn das alle ausreichend im Verhältnis zu ihrem Einkommen machen, dann nennen wir das Steuergerechtigkeit. Es gibt den „Zwang“ Krankenkassenbeiträge zu zahlen. Wenn sie progressiv und je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden, nennen wir das Solidarität.

Nur durch die verbindliche und flächendeckende Einführung der 6-jährigen Primarschule ist mehr Bildungsgerechtigkeit und der Einstieg in längeres gemeinsames Lernen zu erreichen. Am 18. Juli gibt es dazu einen Volksentscheid – und alles worüber wir abstimmen sind 4 oder 6 Jahre gemeinsames Lernen mit der Entscheidung der Eltern für die weiterführende Schule.

¹ Dora Heyenn ist Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Klassenstatusgier der Lifestylelinken

Kolumne von Jan Feddersen²

Frostig vielleicht nicht, aber mit einem Firnis freundschaftserschütternder Irritation endete neulich ein Gespräch mit einer Freundin aus dem Saarländischen. Ich kenne Maja, 54, seit langem. Aus der Anti-AKW-Bewegung; gemeinsam säuberten wir uns in Grohnde einst Tränengas aus den Augen, das man uns verpasste, als wir partout nicht davon lassen wollten, ganz nah an den Bauzaun zu gelangen. Wir sprachen über vieles, über Grünes und dass das mit "der Schule" nun wirklich nicht ginge. Die schöne Freundin mit dem Hennaschopf beteuerte, dass sie ganz bestimmt nichts gegen bessere Schulen habe, vor allem nichts gegen solche, die den Kindern der Unterschichten nützen könnten.

Doch ihre Charlotte und ihren Hendrik werde sie auf keinen Fall in eine Gemeinschaftsschule schicken. Sie war erregt. Nein, sie habe da aus Hamburg von Geschichten gehört, dass man Latein nicht mehr lernen könne auf diesen Schulen, und natürlich lege sie auch keinen Wert auf das Wort Gymnasium, aber in Hamburg werde die Gemeinschaftsschule zu schnell und zu pronisitorisch von den Grün-Schwarzen durchgesetzt. Meine Erwiderung, dass alle Experten auswiesen, Kinder aus verschiedenen Lebenslagen lernten gemeinsam am besten, ließ sie schon deshalb nicht gelten, weil sie dem Argument nicht zuhörte, sondern beteuerte, sie ließe ein Schulexperiment nicht an ihren Kindern ausprobieren. An einzelnen Schulen könne geprobt werden, aber nicht überall, also vor allem nicht da, wo sie die Innovation betreffen könnte.

Ich war doch erstaunt. Die Gute, Tapfere und Aufrechte, die vor 30 Jahren gegen die Klassenschule war, Rudolf Babro wie eine Offenbarung las und bei Robin Wood gegen das Waldsterben ankämpfte ... sollte die sich als dinkelbafte Gymnasialklassenkämpferin entpuppen? Sie sollte. Maja fuhr fort, unbeirrt. Wo komme man da hin, wenn man nun, ein Räuspern entwich ihrem Hals, auf Elternabendn auf Leute treffe, mit denen man nur schwer Kontakt bekomme - die seien doch an Bildung uninteressiert.

Dann seufzte Maja, nachdem ich immer wieder stoisch anfügte, ihrer Meinung nicht zu sein - dass sie recht eigentlich nur dann eine andere Politik im Lande wolle, wenn es mit dem eigenen Leben nichts zu schaffen habe, vor allem, wenn es der eigenen Klassenstatusgier nicht gefährlich wird. Und, ich konnte nicht an mich halten, dass für sie eine bessere Schulwelt nur eine sei, bei der man mit den Schmuddelkindern nicht in einen Topf gepackt wird. Kurzum: dass sie eine Lifestylelinke immer war, eine Umweltaktivistin.

Wir wollten Frieden wahren. Ich wollte ihr nicht ätzend vorhalten, dass sie aller Abstrampelei zum Trotz niemals ganz zu den Großbürgern zählen werde. Sie sagte dann: Früher war es doch schöner, da waren wir einer Meinung. Bei AKW's, bei der Volkszählung, bei Bioernährung und bei der Abwehr von Nazis. Jetzt aber sei es so kompliziert geworden, so schwierig. Aber das könne ich ja nicht verstehen, denn sie habe ja Kinder, nicht ich. Ich erwiderte, frohe Weihnachtstage wünschend, dass es vielleicht früher so simpel war, weil es in Wahrheit um nichts ging, um gar nichts.

Jetzt aber, da es um bessere Schulen sich dreht, um echte Reformen, kneift die alternative Szene. Man lebte einst gern unter den Segeln dissidenter Lüfte, aber doch nicht für immer und auf allen Meeren. Wir schworen, uns thematisch weiter zu vertiefen. Ich dachte nur, wahrscheinlich viel zu selbstgefällig: Was kann sie schon für ihren verzweifelten Dünkel? Kann ich monieren, dass er ihr tiefer in der Haut eingeritzt scheint als jedes andere Gefühl? Frohe Ferien!

² Jan Feddersen ist Redakteur für besondere Aufgaben bei der taz. Die Kolumne erschien am 18.12.2009

Eltern & Kinder unter Druck

185.000 Stimmen gegen die Schulreform in Hamburg – woher kommen die?

von Klaus Bullan³

185.000 Hamburger Bürgerinnen und Bürger haben sich in einem Volksbegehren unter dem Slogan »Wir wollen lernen« gegen die Schulreform der schwarz-grünen Regierung ausgesprochen, die die Verlängerung des gemeinsamen Lernens in der Grundschule von vier auf sechs Jahre zum zentralen Inhalt hat.

Insbesondere unter den Eltern war die Ablehnung groß. Auch wenn die Aktivisten des Volksbegehrens aus den gut betuchten Elbvororten kommen und es im Kern darum geht: »Wir wollen unter uns bleiben beim Lernen«, so ist die hohe Zustimmungsrage als »politischer Paukenschlag« (Ole von Beust) wahrgenommen worden. In der Tat kommen die Gegner der Reform aus allen politischen Lagern. Selbst unter linken und grünen Eltern stößt die Schulreform auf Widerstand, auch wenn die meisten Gegner aus dem Umfeld der CDU und der FDP kommen. Vor allem die Verlängerung der Grundschule um zwei Jahre und damit die Verkürzung der Gymnasialzeit sowie das Verfahren des Übergangs auf das Gymnasium nach Klasse 6 nach Schulentcheidung (Abschaffung des Elternwahlrechts) stehen im Fokus der Kritik.

Die bei der schwarz-grünen Schulreform vorgesehene Abschaffung des Elternwahlrechts, also der Möglichkeit, die Kinder auch gegen die Schulempfehlung auf eine »höhere Schule« zu schicken, hat auch bei Unterschichtseltern Skepsis ausgelöst, zeigen doch empirische Untersuchungen, dass gerade Eltern aus bildungsfernen sozialen Milieus ihre Kinder überproportional häufig gegen die Empfehlung der LehrerInnen aufs Gymnasium schicken – und das mit Recht, versuchen sie doch damit die Benachteiligung ihrer Kinder zu kompensieren.

Die schwarz-grüne Koalition hat ihre Schulreform deshalb nachbessern müssen, um nicht Gefahr zu laufen, beim im Sommer 2010 anstehenden Volksentscheid gegen die Verteidiger der Bildungsprivilegien vor allem aus den besserverdienenden sozialen Schichten zu unterliegen.

Angesichts der hohen Bedeutung, der Fragen der Schule und Bildung in Deutschland gegenwärtig zukommt, starren alle politisch Verantwortlichen auf Hamburg. Zu groß scheint vielen politischen Protagonisten das Risiko, mit Schulstrukturereformen Teile ihrer Anhängerschaft zu verprellen. Selbst kleine Schritte hin zu längerem gemeinsamem Lernen wie in Hamburg, stehen unter dem Verdacht der Gleichmacherei, der Leistungsfeindlichkeit und der Verschlechterung der Konkurrenzbedingungen des eigenen Kindes im Kampf um Studienplätze und Berufschancen.

³ Klaus Bullan ist Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hamburg. Der Text wurde zuerst gedruckt in der Zeitschrift SOZIALISMUS

cen. »Angriff auf die Bildungsbürger« lautet die Überschrift über einem entsprechenden Artikel in der WELT vom 14.11.2009.

Insofern geht es in Hamburg aber auch um mehr als die Verlängerung der Phase des gemeinsamen Lernens, nämlich um die Reformfähigkeit von Schule und Gesellschaft. Gelingt es in dieser schwierigen Krisenkonstellation noch gesellschaftliche Mehrheiten für eine Modernisierung etwa der Bildungs-, Integrations- oder auch der Umweltpolitik zu organisieren, oder behalten die Verteidiger des status quo mit seiner extremen sozialen Polarisierung die Oberhand – mit der Gefahr, dass die gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen zunehmen und rechtspopulistische Diskurse befördert werden?

»Spiel nicht mit den Schmuttelkindern«

»Spiel nicht mit den Schmuttelkindern«, zu denen heute in den Augen vieler Kinder aus einkommensschwachen Familien, Hartz IV-EmpfängerInnen und MigrantInnenkinder gehören, ist das Credo von Teilen der Elternschaft. Die Angst ist groß, dass die Heterogenität in den Schulklassen zu Leistungseinbußen führt. Zwangsweise dazu verurteilt zu sein, mit Kindern aus Unterschichten oder ausländischen Kindern gemeinsam in einer Klasse lernen zu müssen, mit Kindern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und so das Lernniveau der gesamten Lerngruppe drücken und das Lerntempo reduzieren, was dann zulasten der eigenen Kinder, der schnellen und intelligenteren Lerner geht, ist eine Horrorvorstellung für viele Eltern. Verweise auf wissenschaftliche Untersuchungen aus dem In- und Ausland, dass heterogene Lerngruppen weder zu einer Reduzierung des Gesamtniveaus noch zu einer Ausbremsung der besonders leistungsfähigen SchülerInnen führen, überzeugen viele Eltern nicht.

In der Tat ist die Erkenntnis heute verbreitet, dass die Bildung der Kinder eine immer größere Bedeutung im Kampf um den zukünftigen Platz in der Gesellschaft einnimmt. Konkurrenz unter Kindern bereits im Kindergartenalter, Verunsicherung über die Perspektive der eigenen Kinder bei Eltern, die selbst unter dem Motto: »Du sollst es einmal besser haben als wir« aufgewachsen sind und heute wissen, dass dieses Ziel für ihre Kinder kaum mehr erreichbar ist, sind Gründe, dass Eltern heute vielfältig unter Druck stehen. Hinzu kommt, dass staatliches Handeln im Bildungsbereich und in der Familienpolitik sich nur geringer Beliebtheit erfreut. Häufig empfinden Eltern Gesellschaft und Politik als wenig familienfreundlich. Misstrauen gegenüber staatlichem Handeln ist gerade auch in der Bildungspolitik weit verbreitet. Ein chaotischer Flickenteppich von Schulstrukturen in den 16 Bundesländern, der nicht nach den Bedürfnissen der SchülerInnen und Eltern, sondern nach den föderalen Egoismen der Kultusministerien organisiert ist, eine Unterausstattung in Kitas, Schulen und Hochschulen mit finanziellen Ressourcen – auch im internationalen Vergleich –, die soziale Selektivität im Bildungswesen und die deutlichen Qualitätsmängel in vielen Bereichen sind der Nährboden für dieses Misstrauen.

In dieser Situation greifen selbst Teile der politisch Verantwortlichen aus bürgerlichen Kreisen, wie Unionspolitiker etwa aus Hamburg, aber auch Handwerkskammerfunktionäre und Unternehmer die Schulstrukturfrage auf und erkennen, dass das vielfach gegliederte Schulsystem, das im 19. Jahrhundert der Ständegesellschaft geschaffen wurde, nicht mehr angemessen für die

Probleme heute ist.

Die soziale Selektivität des gegliederten Schulwesens hat verheerende Folgen für die gesamte Gesellschaft. Milliarden Euro werden Jahr für Jahr in ein Schulsystem gepumpt, um die gravierendsten Misserfolge der Schule zu kompensieren. Fast 10% der SchülerInnen verlassen Jahr für Jahr die Schulen ohne einen Abschluss, die Risikogruppe derjenigen, die nach neun bis zehn Schuljahren allenfalls Grundschulniveau erreicht, ist in Deutschland exorbitant hoch und liegt in vielen Großstädten bereits bei über 25%. Jeder vierte Schüler muss ein Schuljahr wiederholen im Laufe seiner Schullaufbahn, Hunderttausende durchlaufen Jahr für Jahr Warteschleifen von Berufsvorbereitungsmaßnahmen, weil für sie keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

Auf der anderen Seite fehlen schon jetzt Hochschulabsolventen, können die aus Altersgründen ausscheidenden Ingenieure und LehrerInnen nicht durch ausgebildete Nachwuchskräfte ersetzt werden. Die Erkenntnis, dass Deutschland es sich nicht leisten kann, auf die Potenziale der MigrantInnenkinder und der Kinder aus Nichtakademikerfamilien zu verzichten, ist inzwischen weit verbreitet. Wenn bereits 83% aller AkademikerInnenkinder studieren, aber weniger als 23% der Kinder von NichtakademikerInnen, ist klar, wo die Reserven liegen, die durch das gegliederte Schulwesen und die frühe Trennung bisher von guter Bildung ferngehalten werden. Das haben auch bürgerliche Kräfte längst erkannt.

Die Notwendigkeit grundlegender Reformen dieses Systems konkurriert mit dem Beharren auf überkommenen Strukturen, eine Auseinandersetzung, die für Teile der beteiligten Eltern und Verbandsvertreter – etwa der Philologen – mit dem Ziel des Erhalts von Privilegien für ihre Klientel geführt wird, aber auch weit darüber hinaus geht, indem auch alle verunsicherten Eltern einbezogen sind. Der Druck, der auf den Eltern lastet, die Verunsicherung über die Zukunft ihrer Kinder, die berechtigte Kritik an der Bildungs- und Familienpolitik der Regierungen und die generelle Skepsis gegenüber Reformen/Veränderungen sind der Nährboden für diejenigen, die unter dem Motto: »Wir wollen lernen« im Kern Abgrenzung und Ausgrenzung verfolgen.

Die Konrad- Adenauer-Stiftung hat bei Sinus-Sociovision eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den Selbstverständnissen, den Befindlichkeiten und Bedürfnissen von Eltern in verschiedenen Lebenswelten auseinandersetzt. Die Ergebnisse, die 2008 unter dem Titel »Eltern unter Druck« vorgelegt wurden, sind bemerkenswert.⁴

Eltern unter Druck

»Enge Bindungen und langfristiger Zusammenhalt wie in der klassischen Familie passen zunehmend weniger in Wirtschaft und Gesellschaft, die von Kurzfristigkeit und Flexibilität geprägt sind. Die moderne Arbeitswelt fordert den möglichst uneingeschränkt mobilen und verfügbaren Menschen. Idealerweise sind dies Menschen ohne familiäre Bindungen, die sich schnell an veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen anpassen können. Bereits in der Schule werden heute Flexibilität und Kreativität propagiert.« /3/

⁴ Tanja Merkle/Carsten Wippermann, Eltern unter Druck, Stuttgart 2008; die Ziffern in Schrägstrichen beziehen sich auf diesen Text.

Dies beeinträchtigt das Leben von Familien in vielfältiger Weise. Zum einen sind die Ansprüche fast aller Eltern, was die aktive Beteiligung am Familienleben, an Kinderbetreuung und -erziehung betrifft, gewachsen. Zum anderen setzt die Arbeitswelt für immer mehr Eltern dieser Beteiligung immer engere Grenzen. Dies gilt keineswegs mehr nur für Menschen in akademischen Berufen, die z.B. oft auf Dienststreifen sind, sondern z.B. auch für meist weibliche Beschäftigte etwa im Einzelhandel, die oft erst nach 20 Uhr nach Hause kommen.

»De facto führt Elternschaft am Arbeitsplatz zur Schwächung der zugeschriebenen Kompetenz, der übertragenen Verantwortlichkeiten und der Aufstiegschancen in Unternehmen. Die Gesellschaft erwartet, dass Eltern viel Zeit mit ihren Kindern verbringen, doch die Arbeitswelt vollzieht einen Totalzugriff auf die Eltern, vor allem auf die Väter.« /16/

Dies führt zu einer Retraditionalisierung partnerschaftlicher Rollenverteilung in der Familie. Mangelnde Vereinbarkeit von anspruchsvollem Beruf und Familie, von Leitungsfunktion und Teilzeitarbeit bzw. Job-Sharing-Modellen oder schlicht die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen führen oft dazu, dass der Mann für das Einkommen, die Frau – zumindest phasenweise – für die Kinderbetreuung zuständig wird.

Kinder und Familie bedeuten für viele Menschen, auch materielle Einschränkungen in zum Teil erheblichem Ausmaß in Kauf zu nehmen. Finanziellen Leistungen an Familien kommt bei allen Eltern eine hohe Bedeutung zu, allerdings werden Kinder- und Elterngeld generell als unzureichend angesehen. Für viele Familien ist »Elternschaft häufig ein echtes Armutsrisiko«. /232/ 2,6 Mio. Kinder leben heute in relativer Armut. /vgl. 22/

Aber auch für die Mittelschichten sind Kinder oft ein materielles Problem: »Gerade in der bürgerlichen Mitte existieren massive Ängste vor dem Verlust des Status quo und werden die finanziellen Voraussetzungen für Elternschaft als immer schwieriger erlebt, so dass Eltern dieser Milieus oftmals nur noch in ein Kind investieren.« /232/

Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder werden von vielen Eltern als unzureichend betrachtet. Es gibt zu wenig Krippenplätze für unter 3-Jährige, zu wenig Ganztagskitaplätze und zu wenig Ganztagschulen. Wenn solche Plätze vorhanden sind, sind sie oft in den Öffnungszeiten (morgens und abends) zu wenig auf die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern abgestimmt.

Einer forsa-Umfrage aus 2009 zufolge halten 57% der Eltern mehr Ganztagschulen für dringend nötig, meinen jeweils mehr als Dreiviertel aller Eltern, dass die Politik eine bessere Förderung der Familie durch finanzielle Entlastungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Vorrang behandeln solle. Von der »Betreuungsoffensive« des Familienministeriums hatten 72% »so gut wie gar nichts« gemerkt.⁵

Den erschwerenden Rahmenbedingungen für das Leben in der Familie stehen massiv gestiegene eigene und gesellschaftliche Erwartungen gegenüber, die den Druck auf Eltern verstärken. »Na-

⁵ Forsa: Familie und Wahl – repräsentative Befragung unter Eltern im Auftrag der Zeitschrift ELTERN, Berlin, Juni 2009

hezu allen Eltern ist heute die Bedeutung von Bildung und Schule als die zentrale Zuweisungsstelle von sozialen Lebenschancen präsent.« /13/

Auf die Frage, wie wichtig ihnen persönlich der Schulabschluss ihres Kindes ist, antworten Dreiviertel der Eltern mit »sehr wichtig«, weitere 22% mit »eher wichtig«. Demgegenüber ist das Vertrauen in das öffentliche Schulwesen gering, was zur Folge hat, dass die Hinwendung zu Privatschulen für die, die es sich leisten können, zunimmt und die eigene Anstrengung, Bildung entweder selbst in die Hand zu nehmen oder hinzuzukaufen, enorm groß ist. 40% der Eltern betätigen sich regelmäßig oder häufig als Hilfslehrer bei den täglichen Hausaufgaben.

»Dominant ist längst nicht mehr nur in gehobenen Kreisen, sondern v.a. in der Mittelschicht der Druck, das eigene Kind noch mehr zu fördern: Privaten Zusatzunterricht bekommen Kinder längst nicht mehr erst ab der weiterführenden Schule bei der Diagnose schlechter Noten. Schon in der Grundschule unternehmen Eltern enorme Anstrengungen und investieren viel Geld in private Anbieter – ohne dass das Kind dramatisch schlechte Noten hätte. Die Mütter verzichten teilweise auf eigene Erwerbstätigkeit, um ihrem Kind im privaten Kreis – im Wechsel mit gleichgesinnten Eltern – Lerngruppen daheim zu organisieren, damit das Kind die Gymnasialempfehlung bekommt. Sie sind wahre Experten auf den Websites der Schulbuchverlage und in Bezug auf Lernmaterialien und Übungsaufgaben.« /34f./

Der Markt für Bildungsangebote ist inzwischen unüberschaubar. Dabei geht es nicht allein um das Milliardengeschäft der Nachhilfe, die schon längst nicht mehr auf GymnasialschülerInnen und einkommensstärkere Familien konzentriert ist. Jede/r dritte SchülerIn der Klassen 5 und 6 nimmt z.B. in Hamburg Nachhilfeunterricht in Anspruch. Es ist ein besonderes Krisensymptom, dass gerade Kinder aus benachteiligten Familien verstärkt auf Nachhilfe zurückgreifen müssen. Weniger Förderunterricht und größere Lerngruppen an fast allen Schulen haben zu dieser Expansion des privaten Bildungsmarkts beigetragen.

Nicht die besser verdienenden Schichten an den Gymnasien nehmen vermehrt Nachhilfe in Anspruch, sondern die unteren sozialen Schichten an Haupt- und Realschulen. 22,8% der Haupt- und RealschülerInnen nehmen in Klasse 5 oder 6 Nachhilfe in Deutsch, 23,1% in Mathematik – die entsprechenden Zahlen für die Gymnasien sind 8,4% und 15,9%. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Kinder an den Gymnasien vermehrt von ihren Eltern »Nachhilfe« erhalten.

Die KESS 7-Studie aus Hamburg, die alle SchülerInnen in allen siebten Klassen untersucht hat, bestätigt diese Entwicklung: »Durchaus im Einklang steht dieser Befund aber beispielsweise mit den Ergebnissen der letzten beiden Shell-Jugendstudien (vgl. Langness, Leven & Hurrelmann 2006), wonach gerade in weniger privilegierten sozialen Lagen die Verbreitung von Nachhilfeunterricht sich innerhalb von nur vier Jahren von 13 Prozent auf 29 Prozent mehr als verdoppelt hat. Hier ist anzunehmen, dass die seit vielen Jahren zu beobachtenden schlechten Arbeitsmarktchancen von Hauptschülerinnen und -schülern, die sich vorwiegend aus niedrigeren sozialen Lagen rekrutieren, dazu beiträgt, dass auch viele dieser Familien versuchen, die finanziellen Ressourcen dafür aufzubringen, ihre Kinder beim Erreichen guter Schulleistungen zu unterstüt-

zen.« /KESS 7, S. 20/

Den Förderangeboten sind keine Grenzen gesetzt und dies treibt mitunter kuriose Blüten. In den »Helen-Doron-Learning Centern« wird Early English für Babies im Alter von 3-18 Monaten angeboten. Kurse für Gebärdensprache für Kleinkinder, die noch nicht sprechen können, gibt es inzwischen in vielen deutschen Großstädten. Die US-Franchisekette »FasTracKids« bietet unter dem Slogan »Education for tomorrows leaders« Kurse für 2-9-Jährige in Ökonomie, Mathematik, Naturwissenschaften und Rhetorik an.

Soziale Distinktion und Abschottung

Auch wenn Eltern aller sozialer Schichten unter Druck geraten, stellt sich dies für die verschiedenen sozialen Schichten oder sozialen Milieus sehr unterschiedlich dar. »So beobachten wir in den letzten Jahren ein deutliches Auseinanderdriften der Milieus in räumlicher als auch in kultureller Hinsicht. Deutschland scheint auf dem Weg in eine neue Art von Klassengesellschaft zu sein, wobei die Trennungslinie eben nicht nur über Einkommen und Vermögen, sondern auch über kulturelle Dimensionen wie etwa Bildungskapital und Bildungsaspirationen, aber auch Werte und Alltagsästhetik verläuft. Ebenso erweisen sich Ernährung, Gesundheit, Kleidung und Medienumgang als Abgrenzungsfaktoren.« /8/

Die räumliche Abgrenzung beginnt spätestens mit Beginn der Elternschaft. »Spätestens beim Nachwuchs hört die Toleranz auf, und man zieht aus Problemvierteln weg in Wohngebiete mit Gleichgesinnten. Dies führt zu einer erheblichen Entmischung von Stadtteilen. Der Eintritt in das biografische Stadium der Elternschaft ist der entscheidende rite de passage für den Umzug: Wer will auf dem Spielplatz die Bank schon mit arbeitslosen Männern mit Bierflasche oder herumlungernenden Jugendlichen« teilen? Wer will schon, dass die beste Freundin des eigenen Kindes aus der Unterschicht kommt? Gerade weil Eltern wissen (bzw. meinen), wie wichtig für die Entwicklung des Kindes in den ersten Jahren der Einfluss des Umfelds ist, ist die Vermeidungslogik rational. Nicht mehr nur die höchsten Kreise, nicht mehr nur Akademikerfamilien, sondern bereits die breite Mittelschicht grenzt sich massiv nach unten ab. Man könnte hier schon beinahe von einer Art »Kontaktperr« sprechen.« /50/

Wenn es nicht gelingt, Kontakt gänzlich zu vermeiden, gibt es mehr oder weniger subtile Wege, sich zu unterscheiden oder abzugrenzen. Musik, Ernährung, Gesundheit, Kleidung, Bildung, Medienkonsum sind da geeignet. Bioprodukte werden zum Statussymbol wie der Einkauf in Naturkostläden, unauffällige Markenkleidung versus Kleidung mit starken Reizen, das Verbot, Kinder zu besuchen, bei denen ungestörter, unkontrollierter TV- und DVD-Konsum üblich ist. /vgl. 51/ »Musik ist ein sicheres Vehikel der Distinktion nach unten und ist als Strategie längst von der bürgerlichen Mitte entdeckt worden. Hier kann man sicher sein, dass man keinen Kindern aus der sozialen Unterschicht begegnet.« /50/

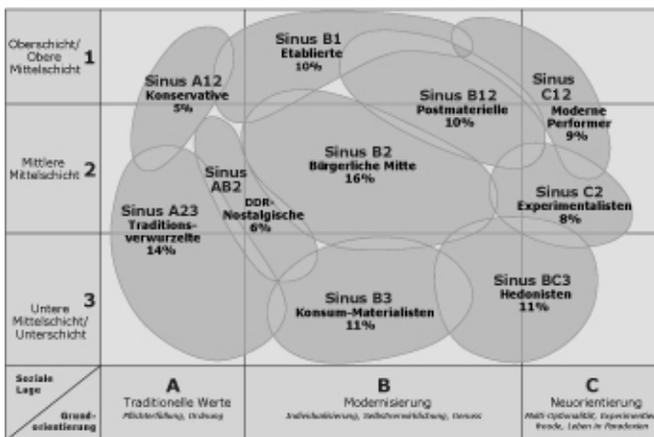
Die Autoren der Studie sprechen von einer ersten Demarkationslinie sozialer Abgrenzung, die zwischen den sozialen Milieus verläuft, die auf der einen Seite ihre Kinder bewusst erziehen, sich kümmern und sie fördern, und denen, die froh sind, wenn ihre Kinder nicht kriminell oder

schwanger werden. »Diese erste Demarkationslinie trennt sozial-hierarchisch die Ober- und Mittelschicht von den Milieus am unteren Rand der Gesellschaft.« /51/

Eine zweite Demarkationslinie trennt die mittleren und gehobenen Schichten voneinander. Die bürgerliche Mitte grenzt sich nicht nur gegenüber den Unterschichten ab, sondern bemüht sich, den Anschluss an die oberen Schichten zu halten, doch diese wahren Distanz: »Enge Freundschaften zwischen Eltern aus verschiedenen Milieus scheinen immer seltener zu werden. Man bleibt lieber unter sich.« /53/

Die bürgerliche Mitte ist dabei in einem Dilemma: »Finanzieller Druck betrifft aber keineswegs nur Eltern am unteren Rand der Gesellschaft, sondern hat die breite Mittelschicht erfasst – zumindest im Lebensgefühl und in der (latenten) Angst vor dem sozialen Abstieg. In der bürgerlichen Mitte ist die soziokulturelle Norm einer ›heilen Familie‹ mit ›guter Versorgung‹ groß und meint konkret das eigene Haus mit Garten sowie die vielfältige Förderung der eigenen Kinder. Dazu braucht man materielle Ressourcen, Geld, und man verzichtet persönlich auf vieles, damit die Familie gesichert und die Kinder optimal gefördert werden.« /18f./

Das zwingt die Mutter häufig, berufstätig zu sein, obwohl ihre Ansprüche an intensive Betreuung ihrer Kinder permanente Präsenz im Haus erfordert. Sie kann damit nicht mit den Schichten mithalten, die es sich leisten können, zu Hause zu bleiben, um z.B. den täglichen Fahrdienst zu Ballett, Musikunterricht, Reiten o.ä. zu organisieren.



In der Studie werden die unterschiedlichen sozialen Milieus der Eltern in Deutschland differenziert betrachtet. Dabei ergeben sich – bezogen auf Einstellungen der Eltern zu Schulstrukturfragen, aber auch zur Bedeutung von Bildung und Erziehungsstilen sowie den »feinen Unterschieden« zwischen den sozialen Milieus – Gruppierungen, die im Folgenden genauer betrachtet werden.

»Die Sinus-Milieus sind das Ergebnis von drei Jahrzehnten sozialwissenschaftlicher Forschung. Die Sozialstrukturanalyse des Milieumodells orientiert sich an der Lebensweltanalyse unserer Gesellschaft. Die Sinus-Milieus gruppieren Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise ähneln. Grundlegende Orientierungen gehen dabei ebenso in die Analyse ein wie

der Alltag in Bezug auf Arbeit, Familie, Freizeit, Geld und Konsum. Milieus konstituieren sich über drei Hauptdimensionen: Werte (Kognitionen, Einstellungen), Lebensstil (Routinen, Gewohnheiten) und soziale Lage (Einkommen, Bildung, Beruf, Alter). Die Sinus-Milieus rücken somit den Menschen und seine Lebenswelt ganzheitlich ins Blickfeld.« /28, Fn. 3/

Die Milieus im Bereich der traditionellen Werte (Konservative, Traditionsverwurzelte und DDR-Nostalgiker) werden hier nicht berücksichtigt, da sie einen zu hohen Altersdurchschnitt aufweisen, um für Eltern mit Kindern unter 16 relevant zu sein. Eine zweite Korrektur des Modells besteht darin, dass die Migrantenmilieus gesondert in den Fokus genommen werden.

Migrantenmilieus

Fast allen Migrantenmilieus ist ein hohes Interesse an guter Bildung für ihre Kinder gemeinsam. Unterschiede gibt es hinsichtlich des dafür erbrachten persönlichen Einsatzes.

Exemplarisch das religiös verwurzelte Milieu: »Großen Wert legt man auf eine gute Bildung/Ausbildung der Kinder, damit sie eine bessere berufliche und gesellschaftliche Stellung erreichen können, als man selbst; idealtypisch: Söhne sollen studieren, Töchter eine Ausbildung in einem klassischen Frauenberuf machen.« /62/

Eine noch größere Rolle spielt die Bildung der Kinder in den Migranten-Milieus im Prozess der Modernisierung, die sicherlich in den großen Ballungsgebieten quantitativ von großer Bedeutung sind. Im statusorientierten Milieu ist es wichtigstes Ziel, »den Kindern eine (überdurchschnittlich) gute Bildung und Ausbildung mitzugeben, die als Voraussetzung für beruflichen Erfolg und sozialen Aufstieg (etwas besseres erreichen) gesehen wird; die Kinder sollen nicht nur schulisch erfolgreich sein, sondern auch zusätzliche Soft Skills erwerben (z.B. durch Sport- oder Musikunterricht); viele Kinder dieses Milieus erhalten professionelle Nachhilfe (z.B. in Deutsch)«. /67/

Im adaptiven Integrationsmilieu ist es von überragender Bedeutung, »dass die Kinder eine gute schulische Bildung bekommen, um später beruflich weiterzukommen; dafür ist man bereit, sich intensiv um die schulische Laufbahn der Kinder zu kümmern, ihnen kontinuierlich bei den Hausaufgaben zu helfen, sich im Elternbeirat zu engagieren und zusätzlichen Kunst-, Musik, Sportunterricht zu bezahlen.« /69/

Gesellschaftliche Leitmilieus

Etwa 40% der Eltern werden zu den drei als Leitmilieus gewerteten Gruppen gezählt.⁶ Die »Etablierten«, die »Postmateriellen« und die »modernen Performer« gehören zu den obersten gesellschaftlichen Schichten.

Etablierte machen fast 15% der Eltern bundesweit aus. »Gerne wird die Dazugehörigkeit durch einen gewissen Status symbolisiert und man präferiert, weitestgehend unter seinesgleichen zu bleiben.« /80/ Das Familienleben ist in regelmäßigen Bahnen organisiert, es gibt eine traditionel-

⁶ Die Zahlen der Eltern weichen von denen im allgemeinen Bild der Milieus ab.

le Rollenverteilung mit dem Vater als Familienoberhaupt und erfolgreich Berufstätigen und der Mutter, die zumindest in den ersten drei Jahren zu Hause bleibt und für das Kind sorgt. Das finanzielle Budget spielt bei der Art der Freizeitgestaltung kaum eine Rolle. »Mitgliedschaft in exklusiven Tennis-, Golf- oder Hockeyvereinen, Marken und Designerkleidung bis hin zum eigenen Pferd sind oftmals die Zugangsberechtigung zu den elitären Kreisen dieses Milieus.« /89f/

Für die Kinderbetreuung werden oft private Tagesmütter oder Au-Pairs herangezogen, aber auch die Großmütter. An die Kinder werden hohe Leistungserwartungen gestellt und sie sind in ihrer Freizeit stark verplant: »Wettkämpfe sind schon sehr wichtig. Sie müssen sich ja messen und schauen, wo sie stehen. Und später bekommen sie auch nicht alles geschenkt im Leben.« /87/

Postmaterielle Eltern machen ca. 12,5% der Eltern aus. Sie sind in hohem Maße an gesellschaftlichen und kulturellen Fragen interessiert und oft engagiert, bei Greenpeace oder in politischen Verbänden. Sie legen großen Wert auf partnerschaftliches Verhalten auch in der Familie und lehnen traditionelle Rollenverteilungen ab, weshalb die Frauen, wenn sie wegen kleiner Kinder zu Hause bleiben oder nur halbtags arbeiten, weil der Mann z.B. mehr verdient, häufig unzufrieden mit Rückfällen in traditionelle Familienstrukturen sind.

Postmaterielle Mütter verstehen sich als Lebensabschnittsbegleiterin ihrer Kinder, sie engagieren sich stark, betrachten dies aber nur als eine Phase im Leben und verzichten nicht auf ihre eigenen Interessen. Soziale Werte in der Erziehung sind ihnen wichtig, sie ernähren sich bewusst und leben umweltverträglich, sie sind medienkritisch. Sie unterstützen qualitativ hochwertige außerfamiliäre Betreuung für ihre Kinder, sind aber kritisch gegenüber den qualitativen und quantitativen Mängeln der öffentlichen Bildungseinrichtungen.

Postmaterielle Eltern gehören zum einzigen gesellschaftlichen Leitmilieu, in dem klar gegen das gegliederte Schulwesen Position bezogen wird.

Moderne Performer sind unter den Eltern ähnlich stark vertreten wie Postmaterielle, sie machen 12,4% der Eltern in Deutschland aus, und sind vermutlich deutlich überrepräsentiert in Großstädten.

Moderne Performer zeigen einen extremen Leistungsheiß für sich selbst und für ihre Kinder, andere werden allenfalls als Hemmnisse für die Entfaltung des eigenen Kindes wahrgenommen. Daraus ergibt sich eine bewusst distanzierte Haltung gegenüber Kindern der Unterschicht, weil diese ihr Kind ausbremsen könnten. Konsequenterweise sind moderne Performer für die frühe Selektion im Schulwesen und bevorzugen für ihr Kind die Privatschule. »Mein Mann will auch mal hier in so eine ganz schlimme Ecke mit ihm fahren und dort mal solche Neubaugegenden zeigen, wo die Häuser beschmiert sind und die Aufgänge beschmiert sind, dass er mal sieht, wo die Leute wohnen, die eben in der Schule nicht aufpassen. Ihm wirklich mal zeigen, es gibt Leute, die haben nichts, und es liegt viel an einem selbst. Das wollen wir ihm schon auf jeden Fall mitgeben.« /135/

Mainstream Milieus

Zu den Mainstream-Milieus werden die Bürgerliche Mitte sowie die Konsum-Materialisten gezählt, es sind insgesamt gut 30% der Eltern.

Dem Milieu der *Bürgerlichen Mitte* (18,8% aller Eltern) sind familiäre Geborgenheit und gesicherte, harmonische Verhältnisse wichtig. Der Mann ist in der Regel der Haupternährer, eine traditionelle Rollenteilung stellt kein größeres Problem dar. Vielmehr herrscht hier die Auffassung vor, dass die Kinder in den ersten drei Jahren am besten bei der Mutter und nicht in öffentlichen Einrichtungen aufgehoben sind. Eltern der bürgerlichen Mitte stehen massiv unter Druck: Sie wollen einerseits den Anschluss an die Bessergestellten halten und tun praktisch alles für das Weiterkommen ihrer Kinder, was sie auch unter finanziellen Gesichtspunkten unter erheblichen Druck setzt. »Unser Sohn geht auf eine private Schule. 800 Euro Schulgeld sind natürlich eine Menge, aber es ist gut investiertes Geld, und bisher hält er sich ganz gut. Und es ist toll, der Unterricht ist dort zweisprachig, das verschafft ihm einen immensen Vorsprung später.« /160/

Das Erreichen des Abiturs für die eigenen Kinder ist eine Notwendigkeit für das Vorankommen, »schlechter Umgang« wird verhindert, wo es nur geht. Eltern der bürgerlichen Mitte ziehen gezielt in Wohngebiete, wo das Umfeld für den Erfolg der Kinder günstig ist. Die hohen Statusaspirationen, der Zwang, zu den Bessergestellten dazuzugehören, zwingt die Eltern zu hohen Investitionen in das eigene Kind. Dies führt häufig zu inneren Konflikten.

»Einerseits wollen sie dem Kind optimale Startchancen und Wettbewerbsvorteile ermöglichen, sich über die genannten Angebote hinaus umfassend um das Kind kümmern, seine Hausaufgaben betreuen, private Lerngruppen organisieren und leiten, sich in der Schule engagieren. Andererseits müssen entsprechende Angebote finanziert werden, das heißt ein zweites Einkommen ist in der Regel notwendig, um dem Kind all dies überhaupt zu ermöglichen. Geht die Mutter allerdings einer Berufstätigkeit nach, kann sie sich nicht in entsprechendem Maße um die schulischen Belange des Kindes kümmern – ein *Circulus vitiosus*. Diese heterogenen Ansprüche evozieren einen Druck, der im Milieu der bürgerlichen Mitte als besonders stark und ausgeprägt erlebt wird und für welchen noch keine persönlichen Lösungsstrategien gefunden wurden.« /152/

Konsum-Materialisten machen 11,6% aller Eltern aus. Sie gehören zu den unteren und mittleren Einkommensschichten, haben einen Hauptschulabschluss mit oder ohne Berufsausbildung. Wegen ihrer eng begrenzten finanziellen Ressourcen und ihrem geringen Bildungskapital sind sie oft sozial benachteiligt und Ausgrenzung ist ein für sie relevantes Thema. Gleichzeitig grenzen sie sich häufig gegenüber Schwächeren ab. »Und da kommen dann die ganzen Afrikaner und lassen sich hier die Zähne machen, das finde ich nicht o.k.« /165/

Ihr Erziehungsstil ist autoritär, Strafen gehören integral dazu. Sie gehören zu denjenigen sozialen Milieus, die sich meist nicht aktiv in die schulischen Belange einschalten. »Ich kenne ihre Schule schon, ja, das ist halt ne ganz normale Schule. Ich fahre da morgens auf dem Weg zur Arbeit immer dran vorbei.« /179/ Und: »Ich verlass mich da auf die Schule, dass die alles Wichtige beibringen. Was soll ich sonst auch groß machen?« /181/

Erziehung hat nur einen Minimalanspruch. Es ist keine Aufgabe, über die man sich viele Gedanken macht oder z.B. Literatur zu Rate zieht. Stattdessen haben TV-Erziehungsshow's einen hohen Stellenwert, weil sie im eigenen Milieu spielen und als Mittel zur Beruhigung dienen. »Man sieht dann, dass die eigene Erziehung doch ganz gut klappt.« »Ich guck mir das mit der Super-Nanny an, wie die Kinder ausrasten, das interessiert mich schon, wie es da so zugeht bei manchen. Da habe ich extra mein Kind dabei und sage »Guck mal, so nicht.« /172/

Diese Eltern wären angewiesen auf Ganztagschulen, kostenlose Hausaufgabenbetreuung und Förderunterricht in einer integrativen Schule für alle. Sie sind, weil sie häufig die Leidtragenden des gegliederten Schulwesens am Ende der Hierarchie sind, Anhänger einer Gemeinschaftsschule. Allerdings ist es außerordentlich schwer, sie dafür zu aktivieren.

Hedonistische Milieus

Hierzu zählen die Experimentalisten und die Hedonisten. Dazu gehören 18,7% der Eltern. Es handelt sich in ihrer Grundorientierung um die Milieus, die im mittleren und unteren Sozialsegment liegen und gleichzeitig auf Neues orientiert sind.

Experimentalisten (8,5% der Eltern) zählen sich zur Lifestyle-Avantgarde. Sie pflegen ein modernes Partnerschaftsverhältnis, auch wenn sie in Phasen der Kindererziehung in traditionelle Rollenverteilungen verfallen, sehen sie das nur als eine vorübergehende Phase an, die ihnen grundsätzlich kein Problem macht. Sie sind stark toleranzorientiert, haben keine sozialen Berührungspunkte und legen großen Wert auf soziales Verhalten: Unabhängig von Herkunft, Schicht, Religion oder Hautfarbe soll das Kind seinen Mitmenschen Achtung und Respekt entgegenbringen – manche Eltern sehen hier sogar das Kind selbst als Vorbild. /vgl. 195/ »Es ist wirklich traurig, dass man die Kinder in jungen Jahren schon so sehr auf Leistung trimmt. Und wenn manche dann auf die Hauptschule kommen, haben sie später überhaupt keine Chancen mehr, weil die anderen total davonziehen.« /202/

Die *Hedonisten* (10,2% der Eltern) sind, was ihre Einstellungen zu Erziehung und ihre soziale Lage betrifft, zwischen den Konsum-Materialisten und den Experimentalisten angesiedelt. Sie gehören zu den einkommenschwachen und wenig gebildeten Milieus. Sie leben im Hier und Jetzt, machen sich wenig Gedanken über die Erziehung ihrer Kinder und setzen von daher stark auf die Kompetenz der öffentlichen Bildungseinrichtungen. Sie leben oft in prekären Arbeitsverhältnissen (z.B. als Kellnerin, Promoterin oder in Call-Centern) und sind von daher auf zeitlich flexible Betreuungseinrichtungen für ihre Kinder angewiesen. Kinder werden in eigene Freizeitaktivitäten eingebunden, »laufen einfach so mit«. Sie zeigen keine hohen Leistungsansprüche gegenüber ihrem Kind und auch keine Ängste vor schädlichen sozialen Einflüssen.

»Schließlich kritisieren Hedonistische Eltern das dreigliedrige Schulsystem, das zu einer frühen Benachteiligung bestimmter Schüler führt. Als Alternative benennen auch sie z.B. Gesamtschulen. Zudem wünschen sie sich insbesondere den Ausbau von Ganztagschulen. Dies jedoch vermutlich weniger vor dem Hintergrund eines bestimmten pädagogischen Konzepts als vielmehr aufgrund persönlicher Bequemlichkeit.« /223/

Fazit

Fast alle Eltern – unabhängig von ihrer Milieuzugehörigkeit – halten Erziehung und Bildung für ihre Kinder für von zentraler Bedeutung für deren Zukunft. Auch üben fast alle Eltern z.T. scharfe Kritik an der Familienpolitik der Regierungen. Eltern fühlen sich nicht genug wertgeschätzt in dieser Gesellschaft. Das Umfeld wird oft als kinderfeindlich eingeschätzt.

Insbesondere die materielle (finanzielle) Förderung für Familien wird als völlig unzureichend erachtet. Die Ausstattung mit Betreuungseinrichtungen, die den Bedürfnissen der Eltern und Kinder gerecht werden, wird kritisch gesehen. Die flächendeckende Bereitstellung und flexible und ausreichende Öffnungszeiten für Kinderkrippen, Kitas und (Ganztags-)Schulen werden eingefordert und die Qualität der Bildungseinrichtungen (Engagement der Lehrer, Gruppengrößen) stehen in der Kritik.

Viele Eltern aus den »gehobenen« sozialen Milieus können das kompensieren durch privat finanzierten Zukauf von Bildung, sei es durch Tagesmütter und Aux Pairs, sei es durch Privatschulen, Förderkurse und Nachhilfe in jeglicher Form. Die Tendenz, dass es eine Grundversorgung mit öffentlicher Bildung für alle gibt und bei höheren Ansprüchen und Ambitionen die private Initiative der Familien, die sich das leisten können, gefragt ist, ist deutlich erkennbar.

Viele Familien – vor allem aus den unteren sozialen Milieus – sind davon von vornherein abgekoppelt. Viele andere müssen enorme Anstrengungen aufbieten, um bei dieser Entwicklung Schritt zu halten. Dies führt zu massiven Einschränkungen ihrer Lebensqualität. Die meisten Familien sind dazu bereit, diese hohen Aufwendungen zu betreiben, weil sie wissen, dass die Zukunft ihres Kindes davon abhängt.

Der Druck, der auf den Eltern lastet, ist allgegenwärtig. Angesichts der Erkenntnis, dass der eigene Status, die eigenen Lebensziele von den Kindern kaum noch erreicht werden können (»Du sollst es einmal besser haben«), sind tiefe Verunsicherung und Skepsis gegenüber den Bildungsinstitutionen und der Bildungspolitik verbreitet – ebenso wie die Abgrenzung und die Ausgrenzung möglicher Konkurrenten um Lebenschancen ihrer Kinder in vielen Milieus, vor allem in den meisten Mainstream- und gesellschaftlichen Leitmilieus.

Die, die aufgrund ihrer sozialen Stellung und ihres Bildungskapitals am wenigsten in der Lage sind, sich in diese Auseinandersetzung aktiv mit ihren Interessen einzumischen, leiden gerade am meisten unter den bestehenden Verhältnissen in der Bildung.

Das Ergebnis dieser Aus- und Abgrenzungsstrategie zwischen den sozialen Milieus ist eine »neue Art von Klassengesellschaft«, in der die unterschiedlichen sozialen Schichten unter sich bleiben und der Kontakt zu anderen Schichten mehr und mehr verloren geht. Damit ist zum einen die Gefahr verbunden, dass das öffentliche Bildungssystem von der Kita über die Schulen bis zu den Hochschulen immer mehr ausgedünnt und auf eine »Grundsicherung« reduziert wird, in der nur das Nötigste an Bildung für alle angeboten wird, während die Milieus, die über entsprechende Ressourcen verfügen, mit privaten Angeboten die öffentliche Bildung ergänzen können bzw. sich über Privatbetreuung im Kleinkindalter, Privatschulen und privaten Universitäten völlig aus

dem öffentlichen Bildungssektor zurückziehen.⁷ Je mehr sich die gesellschaftlichen Leitmilieus aus der öffentlichen Bildung zurückziehen, desto schwächer wird die Lobby derjenigen, die sich gegen die Ausdünnung öffentlicher Bildung zur Wehr setzen.

Zum anderen befördert diese Entwicklung ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft, weil schon in der Schule mehr und mehr der Kontakt zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus verloren geht. Der »Habitus der Distinktion«, der »Rückzug in Enklaven Gleichgesinnter« spaltet die Gesellschaft immer weiter.

Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, muss die gesellschaftliche Linke den Kampf um das öffentliche Bildungswesen und seine Verbesserung in den Mittelpunkt rücken. Es geht um die bestmögliche Bildung für alle. Dazu gehört, dass die Bildungseinrichtungen personell und materiell besser ausgestattet werden, aber auch, dass Strukturen, die ungleiche Bildungschancen und soziale Selektion befördern, wie das gegliederte Schulwesen und die sozialen Barrieren beim Hochschulzugang, überwunden werden.

Erst wenn sichergestellt ist, dass alle Schulen und Hochschulen den SchülerInnen und Studierenden die optimalen Lernbedingungen garantieren, wird die Angst, die falsche Schul- oder Hochschulwahl zu treffen, nicht mehr das Einfallstor für Privilegiensicherung und soziale Distinktion sein.

⁷ Dass der Staat den größten Teil der Privatschulkosten aus Steuermitteln finanziert und so selbst an der Untergrabung des öffentlichen Bildungswesens beteiligt ist, kommt erschwerend hinzu.

Mit Tacitus gegen die Türken?

Kolumne von Jan Feddersen⁸

Mir wollten Majas Worte nicht aus dem Kopf: All die neuen Schulformen seien ja schön und gut, aber ihre Kinder dürften nicht leiden, wenn der Plebs, mit dem diese dann in einer Schule ihren Alltag fristen müssten, partout keine altsprachlichen Bedürfnisse begte und also kein Latein angeboten würde. Sie, meine alte Freundin aus Grobnder und Gorlebener Tagen, spricht dieses Wort aus, als sei er ein Geheimschlüssel für Glück und Zukunft: Latein. Aber nur pars pro toto.

Bitte, heischt sie, versteh mich doch. Nichts gegen Gesamtschulen, aber Latein und vielleicht auch noch Griechisch ... Da werde die Lektüre von Cicero erst recht gründlich geraten, mit Sinn für Basales und Begründetes. Ich schaute sie an, gute Mutter, blondierte Kumpanin. Du willst mir einreden, dass all die neuen Schulformen unseren Nachwuchs daran hinderten, als Kluge ins erwachsene Leben zu gehen? Ich hätte sagen können: Die schwarzgrüne Schulpolitik in Hamburg oder im Saarland ist das erste Argument, mal wieder die Grünen zu wählen.

*Stattdessen meinte ich, Maja, Tochter aus feinstem Hause, um dich geht es nicht. Nicht um deine Fantasterei, lieber eine Gelehrte als eine Drogenexpertin geworden zu sein. Es geht um Schule, um Lust und Last des Lernens. Warum bietet man den Kindern nicht viel mehr Sprachen an - neben dem Englischen, dem Französischen und Spanischen auch Türkisch, Arabisch, Schwedisch und Tschechisch - überhaupt alle mündlich-systematisierten Verständigungsformen, die es in Europa so gibt, gern auch Chinesisch? Als, nun ja, *conditio sine qua non* echter Weltläufigkeit? Als globales Edukationsmovens sui generis, hmmb?*

Maja schnappt nach Luft, das hat nichts mit ihrem leichten Asthma zu tun. Ja, aber, aber, aber ... "Aber" sagen diese Töchter höher alternativen Bewusstseins immer, wenn ihnen zu Vorschlägen anderer nur Mäkelhaftes einfallen wird. Aber sei es nicht wichtig, dass auch sie, die doch ihre Kinder nicht zum Experimentiermaterial egalisierender Schulreformen machen lassen möchte, beruhigt wird?

Aber, liebe Maja, könnte es nicht auch schön sein, wenn deine Kinder in Schulen gehen, an denen diese gewisse Hochnäsigkeit der arrivierten Stände an der munteren Praxis des gemeinsamen Unterrichts aller Schichten und Kulturen zerschellt? Dass es gerade für ihre Kinder hübsch wäre, mal andere Welten kennenzulernen?

Sie gibt nicht nach, sie will ihre Welt, also nicht meinen Weltvorschlag Latein, setzt sie nach, ist wichtig, ein kostbares Angebot, versehen mit dem Fluidum der Exzellenzverheißung und der Dignität böberer Weihen? Aber könnte sie sich vorstellen, dass an der Schule ihrer Kinder auch Sprösslinge arabischer, exjugoslawischer und türkischer Provenienz sitzen?

Grübelnd streift sie ihre Mobairstrickjacke glatt, ihr Antlitz im Licht der schönen Bar, die wir besuchen, leuchtet geschmackvoll matt, kein Puderstäubchen stört ihre Anmut von ayurvedischer Natürlichkeit, und sagt: Ja, das muss man dann wohl ertragen.

Aber dünkte ich auch daran, dass diese Kinder, die ihren Kindern das Wasser reichen wollen, auch bernach mit zum Cellounterricht geben, zum Reiten und zum Kirchenchor? Ich suche sie zu beruhigen, lege meine Hand auf ihren Arm und sage: Maja, keine Angst, da seid ihr dann ganz wieder unter euch. Die anderen haben bestimmt das ihre zu tun, um das Lateinische zu verdauen. Könnte sein, dass deine Kinder über allen Tacitus-Übungen das andere, das ganz andere Leben verführerisch finden. Sie blinzelt mich an: "Das ist es doch!"

⁸ Jan Feddersen ist Redakteur für besondere Aufgaben bei der taz. Die Kolumne erschien am 12.01.2010

Empirische Studien zum Elternwahlrecht

von Kay Beiderwieden⁹

Das Elternwahlrecht ist durch die Auseinandersetzungen um die Primarschule ins Gerede gekommen. Es gibt innerhalb der linken und fortschrittlichen Kräfte unterschiedliche Positionen dazu. Die eine besagt, das Elternwahlrecht sei eine reaktionäre Forderung. Es begünstige die oberen Schichten. Die andere stellt dagegen, dass ein echtes Elternwahlrecht tendenziell zum Gymnasium für alle führen könne.

Im Folgenden soll zunächst definiert werden, worauf sich der Begriff „Elternwahlrecht“ hier bezieht. Dann soll anhand von empirischen Studien überprüft werden, was für die eine oder andere Position spricht.

Zum hier verwendeten Begriff des „absoluten Elternwahlrechts bei der Schulformwahl“

Das Elternwahlrecht ist immer wieder von Oberschichteltern verwendet worden, um sich von der Unterschicht abzugrenzen und ihrem Nachwuchs dadurch Vorteile zu verschaffen.

- So haben reaktionäre Kräfte versucht, die im Zuge der Novemberrevolution von 1918 erkämpfte Einheitsschule bzw. Grundschule mit der Forderung auszuhöhlen, diese sei unchristlich und sie wollten das Recht und die Freiheit haben, ihr Kind auf eine christliche Schule zu schicken, die dann bitte auch noch der Staat bezahlen solle.
- In Ländern mit einem Einheitsschulsystem wie die USA wird das gemeinsame Lernen beispielsweise mit dem „school choice“ unterlaufen, indem die Eltern ihr Kind nicht im Schulbezirk, sondern woanders anmelden.

Es geht also einmal um die konfessionelle und das andere Mal um die geographische Dimension des Elternwahlrechts. Es gibt noch weitere Formen, wie zum Beispiel die Privatschulen. All diese Formen haben gemein, dass sie eine Segregation. bzw. Entmischung der Schule zur Folge haben. Jedes Mal ist es v.a. die Oberschicht, die davon Gebrauch macht. Die Unterschicht tut es nicht, weil sie zumeist gar nicht über das erforderlich soziale und ökonomische Kapital (Beziehungen, Geld für Nachhilfe usw.) verfügt. Insofern ist das Elternwahlrecht eine reaktionäre Forderung.

Wenn im Folgenden vom Elternwahlrecht die Rede ist, so ist damit etwas Anderes gemeint: Das Recht der Eltern, im gegliederten Schulwesen eine bestimmten Schulform zu wählen. Etwas Derartiges gibt es in anderen Ländern (mit wenigen Ausnahmen) nicht. Insofern ist dieses Elternwahlrecht etwas Einmaliges und etwas Anderes als „school choice“. Unter Elternwahlrecht

⁹ Kay Beiderwieden ist Mitarbeiter der Bürgerschaftsfraktion der Linkspartei in Hamburg. Redaktionsschluss des Textes 27.01.2010

soll hier das Recht der Eltern verstanden werden, im gegliederten Schulsystem eine bestimmte Schulform zu wählen. Dabei zwei Arten von Elternwahlrecht zu unterscheiden:

- Bisher galt dieses Elternwahlrecht nach Klasse 4 nur für zwei Jahre. Danach hat die Schulbürokratie entschieden. Insofern ist dieses Elternwahlrecht nur ein halbes bzw. eins auf Probe. Der schwarzgrüne Senat hat in seiner Schulgesetznovelle kein Elternwahlrecht nach Klasse 6 vorgesehen, weil er befürchtete, dass andernfalls die Stadtteilschule, wie schon die Hauptschule, zur Restschule werden würde.
- Von absolutem, echtem oder ganzem Elternwahlrecht wird gesprochen, wenn das Elternwahlrecht nicht von der Schulbürokratie zurückgeholt bzw. abgeändert werden kann. Das setzt voraus, dass es nach Klasse 6 oder später keine Probezeit und kein Abschulen mehr gibt. Der schwarzgrüne Senat hat in seiner Schulgesetznovelle kein Elternwahlrecht nach Klasse 6 vorgesehen, weil er befürchtete, dass andernfalls die Stadtteilschule, wie schon die Hauptschule, zur Restschule werden würde.

Der Gebrauch dieses absoluten Elternwahlrechts setzt kein soziales und ökonomisches Kapital voraus. Er führt, das ist hier die These, zum „Auftrieb von unten“ (Norbert Elias), zur Bildungsexpansion der unteren Schichten und letztendlich zum „Gymnasium für alle“. Insofern hätte ein derartiges absolutes Elternwahlrecht bei der Schulformwahl eine emanzipatorische Tendenz.

Dagegen wird nun die These vertreten, dass Elternwahlrecht verstärkte die soziale Selektion und Bildungsgerechtigkeit:

- Bildungsferne bzw. unterprivilegierte Eltern würden trotz Gymnasialempfehlung ihre Kinder häufiger auf Schulen unterhalb des Gymnasialniveaus schicken.
- Bildungsnahe und Oberschichteltern würden dagegen ihre Kinder auch ohne Gymnasialempfehlung auf dem Gymnasium anmelden.

Diese Thesen sollen im Folgenden anhand von empirischen Daten überprüft werden. Es gibt zwar viel Material zu den Gymnasialempfehlungen der Lehrkräfte, aber nur wenig zu den Elternentscheidungen und noch weniger zu beidem. Glücklicherweise gibt es empirisches Material, das sich auf Hamburg bezieht. Dies sind LAU 5 (Lernausgangslagen-Untersuchung in Hamburg): Lehmann R.H. / Peek.R., Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern, die im Schuljahr 1996/97 eine fünfte Klasse an Hamburger Schulen besuchten. Bericht über die Erhebung im September 1996 (LAU 5), Berlin 1997 sowie Angaben der Behörde für Schule und Berufsbildung zu Anmeldezahlen und Sozialindex Hamburger Gymnasien von Herbst 2008: Schriftliche kleine Anfrage 19/2682.

Lernausgangslagen-Untersuchung (LAU 5)

In LAU 5 wurden SchülerInnen zu Beginn der 5. Klasse im September 1996 nach deren Lernausgangslagen untersucht. Abbildung 1 kann man entnehmen, dass der Anteil der Gymnasialempfohlenen mit dem Schulabschluss des Vaters steigt.

- So haben nur **26 %** der SchülerInnen, deren Väter über einen Hauptschulabschluss verfügen, eine Gymnasialempfehlung erhalten, aber **70 %** der SchülerInnen, deren Väter das Abitur erreicht haben.
- Die eigentliche Ungerechtigkeit besteht aber darin, dass an SchülerInnen umso höhere Leistungsanforderungen gestellt werden, je niedriger der Schulabschluss des Vaters ist. So müssen SchülerInnen von Vätern mit Hauptschulabschluss im Durchschnitt **82** Leistungspunkte vorweisen, um eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, SchülerInnen von Vätern mit Abitur aber nur **65** Leistungspunkte.

Nach Klasse 4 wird also nicht nur nach Leistung selektiert, sondern auch nach der sozialen Herkunft, indem Kinder aus höheren Schichten – bei gleicher Leistung – bevorzugt werden. Deshalb will die Elbvorortsinitiative auch, dass alles so bleibt. Diese sozial selektive und fehlerhafte Form der Gymnasialempfehlung bzw. -zuweisung ist in zahlreichen Untersuchungen immer wieder nachgewiesen worden. Dazu hat DIE LINKE in ihrer Stellungnahme zur Schulgesetznovelle erklärt: „Für diese Sortierei von Elfjährigen, die ihr ganzes späteres Leben bestimmen wird, kann es keine wissenschaftlich fundierten Prognosen und kein gerechtes Verfahren geben. DIE LINKE lehnt jede Art von Sortiererei ab.“

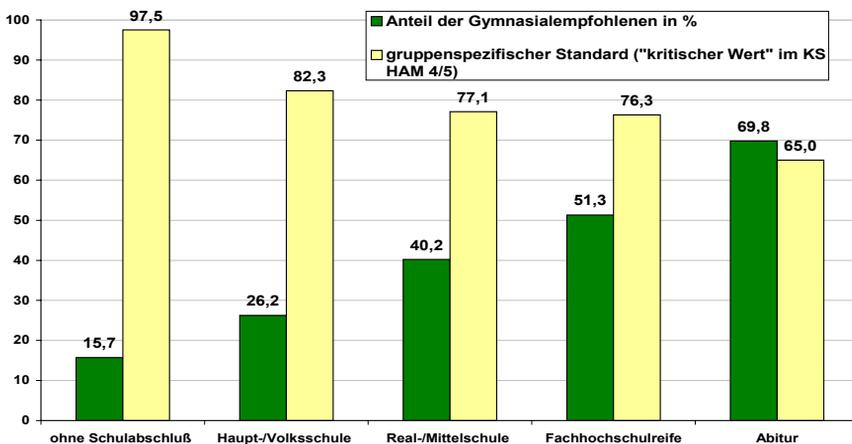


Abbildung 1 Gymnasialempfehlungen der Grundschullehrkräfte und Leistungspunkte ("kritische Werte" im KS HAM 4/5) nach Schulabschluss des Vaters

In Hamburg gibt es bisher nach Klasse 4 ein Elternwahlrecht. D.h.: Die Gymnasialempfehlungen der GrundschullehrerInnen haben keinen verbindlichen Charakter, entscheiden tun die Eltern (wobei das Letztentscheidungsrecht das Gymnasium hat). Wie aber entscheiden nun die Eltern? Abbildung 3 zeigt zweierlei:

- Ein Teil der Eltern entscheidet sich gegen das Gymnasium, obwohl ihr Kind eine Gymnasialempfehlung bekommen hat. Entgegen der Annahme, dass sich eher bildungsnahe Eltern so

verhalten, tun dies eher die bildungsfernen Eltern. So entscheiden sich nur 4 % der Eltern, bei denen der Vater einen Hauptschulabschluss besitzt, trotz Empfehlung gegen das Gymnasium, aber 17 % der Eltern, bei denen der Vater das Abitur gemacht hat.

- Umgekehrt entscheiden sich auch Eltern fürs Gymnasium, obwohl ihr Kind keine Empfehlung dafür erhalten hat. Auch hier tun dies die bildungsfernen Eltern häufiger als die bildungsnahen. So haben sich 26 % der Eltern, bei denen der Vater einen Hauptschulabschluss erworben hat, ohne Gymnasialempfehlung des Kindes für das Gymnasium entschieden, aber nur 17 % der Eltern, bei denen der Vater das Abitur gemacht hat.

Die Autoren der Lernausgangslagen-Untersuchung 5 interpretieren diesen Befund wie folgt: „Vielleicht kann man diese Tendenz als Ausdruck eines mit der Höhe des Bildungsabschlusses zunehmenden Realismus interpretieren. Eltern mit höheren Bildungsabschlüssen sind mit den Anforderungen des Gymnasiums und ggf. mit alternativen Bildungsgängen im flexiblen Bildungssystem vermutlich eher vertraut; danach würde in einigen Fällen die Entscheidung gegen die Beobachtungsstufe des Gymnasiums als die langfristig bessere Option erscheinen.“

Dieser Deutung kann man nur schwer folgen. Es zeugt doch eher vom Realismus bildungsferner Eltern. Denn ihre Kinder haben, trotz gleicher Leistung, seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten. Jedenfalls stützen diese Befunde nicht die These, dass die Elternentscheidungen die soziale Selektivität der Gymnasialempfehlung noch verstärken. Im Gegenteil, sie entschärfen diese. Dabei ist zu beachten, dass diese Daten eine Situation Ende der 1990-er Jahre wiedergeben. Mit der geplanten Einführung der Primarschule soll es (nach dem neuesten Kompromissangebot von Schwarzgrün an die Elbvorortsinitiative) ein eingeschränktes Elternwahlrecht nach Klasse 6 und ein Probejahr in Klasse 7 des Gymnasiums geben. Das Abschulen und Sitzenbleiben soll auf allen Schulformen abgeschafft werden.

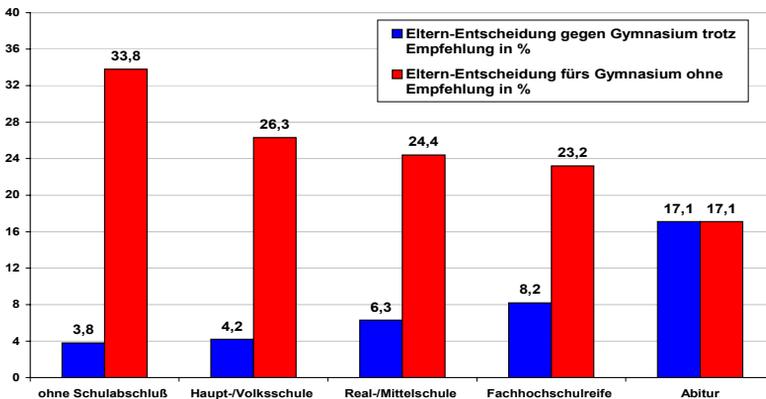


Abbildung 2 Eltern-Entscheidung für bzw. gegen Gymnasium und Gymnasialempfehlung
Anmeldezahlen und Sozialindex Hamburger Gymnasien

Es gibt noch eine zweite Datenquelle, um die These zu überprüfen, wonach das Elternwahlrecht die soziale Selektivität der Gymnasialempfehlung verschärft. Aus einer Antwort der Schulbehör-

de auf eine Schriftliche Kleine Anfrage kann man für jedes Gymnasium in Hamburg drei wichtige Angaben entnehmen:

- die Zahl der Angemeldeten insgesamt,
- die Zahl der Angemeldeten ohne Gymnasialempfehlung und
- den Sozialindex (KESS 7-Index) für die „soziale Belastung“ des Gymnasiums, wobei die KESS 7-Indizes Folgendes bedeuten:

KESS-Index 1: „stark belastete Lage der Schülerschaft“, KESS-Index 2: „eher stark belastete soziale Lage der Schülerschaft“, KESS-Index 3: „tendenziell belastete soziale Lage der Schülerschaft“, KESS-Index 4: „tendenziell bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“, KESS-Index 5: „eher bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“ und KESS-Index 6 „bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“.¹⁰

Nach der These, wonach die Elternentscheidung die soziale Selektivität der Gymnasialempfehlungen der GrundschullehrerInnen verschärft, müsste im Durchschnitt in Gymnasien mit „bevorzugter“ sozialem Lage der Anteil der SchülerInnen mit Gymnasialempfehlung höher liegen. Abbildung 3 zeigt jedoch, dass dies nicht zutrifft. Im Gegenteil: Je „belasteter“ die soziale Lage bzw. der KESS 7-Index des Gymnasiums, desto höher ist der Anteil der Angemeldeten, die keine Gymnasialempfehlung bekommen haben. (Daten für die einzelnen Gymnasien auf Tabelle 1 im Anhang)

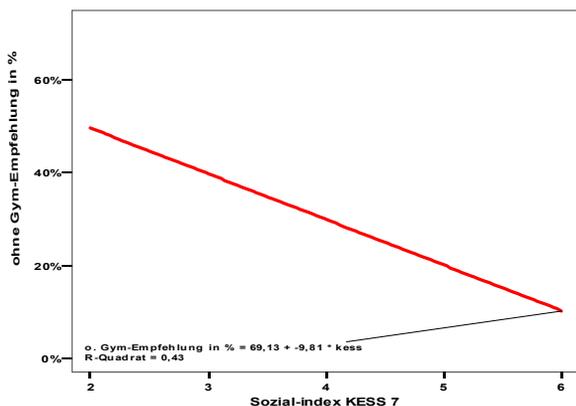


Abbildung 3 Gymnasien in Hamburg nach Anteil der SchülerInnen ohne Gymnasialempfehlung in % aller Angemeldeten und KESS-Faktor des Gymnasiums, Herbst 2008

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man, wenn man sich nur die Durchschnittswerte anschaut (siehe Abbildung 4).

¹⁰ KESS ist eine Abkürzung für „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern“. Es gab 2004 die KESS 4-Studie, 2006 die KESS 7-Studie und die noch nicht veröffentlichte KESS 8-Studie.

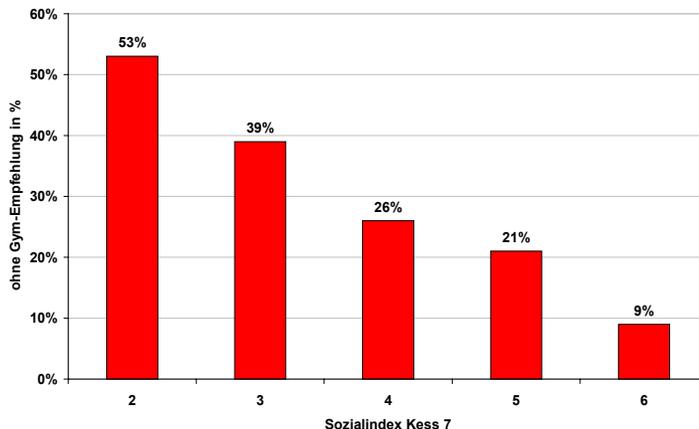


Abbildung 4 Angemeldete ohne Empfehlung an Gymnasien in % nach Sozialindex, Hamburg Herbst 2008

Es sind also eher die Eltern in sozial schwachen Stadtteilen, die ihr Kind trotz fehlender Gymnasialempfehlung aufs Gymnasium schicken. Dies ist durchaus gerechtfertigt, denn die LehrerInnen empfehlen SchülerInnen aus unteren sozialen Schichten nur dann, wenn sie bessere Leistungen aufweisen. Insofern wirken die Elternentscheidungen sozial ausgleichend.

Abschließende Betrachtung

Die vorliegenden Daten bestätigen nicht die These, wonach Unterschichteltern quasi „dumm“ sind und ihren Kindern noch weniger zutrauen als die LehrerInnen. Im Gegenteil: Unterschichteltern entscheiden eher gegen die Schulempfehlung – und das mit Recht. Sie kompensieren damit die Diskriminierung ihrer Kinder. Viele Eltern wollen ein Elternwahlrecht. Sie wollen sich nicht bevormunden lassen und misstrauen den Gymnasialempfehlungen der Schulbürokratie. Dies dürfte der wichtigste Grund dafür sein, dass die Elbvorortsinitiative so viele Stimmen einsammeln konnte (auch wenn die Propaganda-Zahl 184.500 gelogen ist). Nicht umsonst hat sie auf ihrer Unterschriftenliste zum Volksbegehren unter der Parole „Für die Erhaltung des Elternwahlrechts und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5“ das Elternwahlrecht an die erste Stelle platziert. Allerdings hat die Elbvorortsinitiative die Forderung nach dem Elternwahlrecht nicht ernst gemeint, sondern nur in betrügerischer Absicht erhoben, um Unterschriften auch von weniger Privilegierten zu erhalten. Jetzt will Rechtsanwalt Scheuerl vom Elternwahlrecht nichts mehr wissen. „Dies schade nur den Gymnasien, die überlaufen würden.“ (DIE WELT vom 23.12.2009)

DIE LINKE sollte auf jeden Fall den Erhalt des Elternwahlrechts fordern, und zwar eines echten. Dies könnte tendenziell das gegliederte Schulwesen aufheben und zum „Gymnasium für alle“ führen.

Anhang

Tabelle 1 Gymnasien in Hamburg nach Zahl der Angemeldeten insgesamt, Angemeldeten ohne Gymnasialempfehlung und Sozialindex KESS 7, Herbst 2008

Schulname	RSK-Nummer	RSK-Bezeichnung	Anmeldezahl	Anzahl angemeldeter Schülerinnen und Schüler ohne Gymnasialempfehlung 2008/09	in %	Sozialindex KESS 7
Gymnasium Hochrad	7	Othmarschen	110	0	0%	6
Christianicum	7	Othmarschen	158	1	1%	6
Gelehrtenschule des Johanneums	12	Eppendorf / Winterhude	118	5	4%	6
Gymnasium Blankenese	6	Blankenese	140	9	6%	6
Albert-Schweitzer-Gymnasium	14	Langenhorn	181	11	6%	6
Wilhelm-Gymnasium	8	Eimsbüttel	123	10	8%	6
Gymnasium Willhöden	6	Blankenese	109	11	10%	6
Gymnasium Oberalster	17	Poppenbüttel / Wellingsbüttel	100	11	11%	6
Gymnasium Buckhorn	18	Walddörfer	118	13	11%	6
Gymnasium Rissen	6	Blankenese	86	12	14%	6
Gymnasium Eppendorf	12	Eppendorf / Winterhude	98	14	14%	6
Walddörfer-Gymnasium	18	Walddörfer	121	20	17%	6
Gymnasium Othmarschen	7	Othmarschen	76	16	21%	6
im Durchschnitt			1538	133	9%	6
Helene-Lange-Gymnasium	8	Eimsbüttel	117	2	2%	5
Luisen-Gymnasium Bergedorf	20	Bergedorf	140	11	8%	5
Gymnasium Bondenwald	10	Niendorf / Lokstedt	123	14	11%	5
Gymnasium Grootmoor	16	Bramfeld / Steilshoop / Farmsen	180	27	15%	5
Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium	8	Eimsbüttel	184	30	16%	5
Gymnasium Alstertal	14	Langenhorn	54	9	17%	5
Gymnasium Oldenfelde	19	Rahlstedt	157	31	20%	5
Friedrich-Ebert-Gymnasium	21	Harburg / Eißendorf	115	24	21%	5
Gymnasium Ohmoor	10	Niendorf / Lokstedt	174	36	21%	5
Gymnasium Ohlstedt	18	Walddörfer	85	18	21%	5
Gymnasium Dörpsweg	11	Eidelstedt / Schnelsen	105	24	23%	5
Immanuel-Kant-Gymnasium	21	Harburg / Eißendorf	97	22	23%	5
Goethe-Gymnasium	5	Lurup / Osdorf	118	28	24%	5
Gymnasium Rahlstedt	19	Rahlstedt	118	30	25%	5
Heisenberg-Gymnasium	21	Harburg / Eißendorf	99	25	25%	5
Heinrich-Heine-Gymnasium	17	Poppenbüttel / Wellingsbüttel	90	23	26%	5
Hansa-Gymnasium Bergedorf	20	Bergedorf	92	25	27%	5
Carl-von-Ossietzky-Gymnasium	17	Poppenbüttel / Wellingsbüttel	113	34	30%	5
Heilwig-Gymnasium	12	Eppendorf / Winterhude	108	35	32%	5
Gymnasium Corveystraße	10	Niendorf/Lokstedt	97	31	32%	5
Gymnasium Heidberg	14	Langenhorn	110	47	43%	5
im Durchschnitt			2476	526	21%	5
Charlotte-Paulsen-Gymnasium	15	Wandsbek / Jenfeld	121	7	6%	4

Schulname	RSK-Nummer	RSK- Bezeichnung	Anmeldezahl	Anzahl angemeldeter Schülerinnen und Schüler ohne Gymnasialempfehlung 2008/09	in %	Sozialindex KESS 7
Gymnasium Marienthal	15	Wandsbek / Jenfeld	131	18	14%	4
Albrecht-Thaer-Gymnasium	9	Stellingen	120	18	15%	4
Gymnasium Lohbrügge	20	Bergedorf	167	28	17%	4
Gymnasium Hummelsbüttel	17	Poppenbüttel / Wellingsbüttel	80	15	19%	4
Gymnasium Altona	4	Altona / Bahrenfeld	92	18	20%	4
Gymnasium Bornbrook	20	Bergedorf	143	28	20%	4
Matthias-Claudius-Gymnasium	15	Wandsbek/Jenfeld	135	27	20%	4
Gymnasium Süderelbe	22	Neugraben/Finkenwerder	133	30	23%	4
Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer	8	Eimsbüttel	100	25	25%	4
Gymnasium Klosterschule	1	Mitte	146	36	25%	4
Johannes-Brahms-Gymnasium	16	Bramfeld / Steilshoop / Farmsen	105	29	28%	4
Alexander-von-Humboldt-Gymnasium	21	Harburg / Eißendorf	76	22	29%	4
Gymnasium Meiendorf	19	Rahlstedt	140	43	31%	4
Gymnasium Lerchenfeld	13	Barmbek	83	27	33%	4
Margaretha-Rothe-Gymnasium	13	Barmbek	87	31	36%	4
Gymnasium Finkenwerder	22	Neugraben / Finkenwerder	58	22	38%	4
Lise-Meitner-Gymnasium	7	Othmarschen	89	36	40%	4
Gymnasium Osterbek	16	Bramfeld / Steilshoop / Farmsen	116	50	43%	4
Gymnasium Allermöhe	20	Bergedorf	103	49	48%	4
Gymnasium Farmsen	16	Bramfeld/ Steilshoop/ Farmsen	93	49	53%	4
im Durchschnitt			2318	608	26%	4
Lohmühlen-Gymnasium			167			3
Kurt-Tucholsky-Gymnasium						3
Gymnasium Allee	4	Altona / Bahrenfeld	89	24	27%	3
Gymnasium Kirchdorf/Wilhelmsburg	3	Wilhelmsburg	151	48	32%	3
Kurt-Körber-Gymnasium	2	Billstedt/Horn	65	47	72%	3
im Durchschnitt			305	119	39%	3
Emil-Kraus-Gymnasium						2
Gymnasium Hamm	1	Mitte	89	47	53%	2

Stimmzettel zum Volksentscheid am 18. Juli 2010 über die Schulreform

Sie haben für jede der beiden Vorlagen eine Stimme.

Vorlage der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“
- für den Erhalt des Elternwahlrechts in Klasse 4
und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5:

Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, eine Ausgliederung der Klassen 5 und 6 aus den Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen und deren Anbindung an die Grundschulen als „Primarschulen“ zu unterlassen.

Denn ich bin dafür, dass die Hamburger Gymnasien und weiterführenden Schulen in der bisherigen Form, d. h. beginnend mit der Unterstufe ab Klasse 5, erhalten bleiben und die Eltern auch in Zukunft das Recht behalten, die Schulform für ihre Kinder nach der Klasse 4 zu wählen.

Ich fordere deshalb Senat und Bürgerschaft auf, das Zwölfte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes vom 20. Oktober 2009 (HmbGVBl. S. 373) zu diesen beiden Punkten unverzüglich rückgängig zu machen.

**Stimmen Sie dieser Vorlage
der Volksinitiative „Wir
wollen lernen!“ zu?**

JA NEIN

Vorlage der Bürgerschaft:

„Für eine bessere Schule“

Ich bin für eine bessere Schule in Hamburg, die gerechter und leistungsfähiger ist.

Ich unterstütze das längere gemeinsame Lernen in der Primarschule und das Elternwahlrecht nach Klasse 6.

Ich unterstütze die einstimmige Entscheidung der Bürgerschaft vom 3. März 2010.

**Stimmen Sie dieser Vorlage
der Bürgerschaft zu?**

JA NEIN



In der Reihe Hamburger Skripte sind bisher erschienen:

HS 1: Links • WählerInnen • Potenziale. Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001 (vergriffen)

HS 2: Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei (1,50 €)

HS 3: Gefährliche Fiktion: Die "Protokolle der Weisen von Zion" (1,50 €)

HS 4: Zeichen für Rosa Luxemburg. Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte (vergriffen)

HS 5: Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union: Militarisierung oder Friedensfähigkeit? (1,50 €)

HS 6: Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus (vergriffen)

HS 7: Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis? Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung (2,00 €)

HS 8: Frieden mit der Vergangenheit? Die beiden Wehrmachtsausstellungen als Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust (vergriffen)

HS 9 (Sonderband): Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark (6,00 € / Buchhandel)

HS 10: Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick (2,50 €)

HS 11 (Sonderband): Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen? – (6,90 € / Buchhandel)

HS 12: „Individuelle Rechte werden aufgehoben“ Analysen zu HARTZ IV (2,00 €)

HS 13: Umerziehung durch die Herrschaft Gottes. Die Erweckungsbewegung "Moralische Aufrüstung" im Reeducation-Programm der Nachkriegszeit (2,00 €)

HS 14: Mythen über die Internationalen Brigaden. Neuere Forschungsergebnisse zum Spanischen Bürgerkrieg (2,00 €)

HS 15: Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis politische Pädagogik (2,00 €)

HS 16: Alternativen zum Hamburger Haushalt oder: Wie Hamburg zu Geld kommen kann. 8 Thesen (vergriffen)

HS 17: Die Linke - Chance oder Scheitern? Diskussion zwischen Jens König (taz-Redakteur), Oliver Nachtwey (Parteienforscher) und Katina Schubert (Stellvertretende Vorsitzende Linkspartei.PDS) (2,00 €)

HS 18: Universalistischer Rassismus, getarnt als "Islamismuskritik"? Linker Antirassismus und der Diskurs über „Islamophobie“ (2,00 €)

HS 19: EADS/Airbus: Ein Global Player im Kreetslag. MIK und Stamokap in Hamburg (2,00 €)

Die Ausgaben der Hamburger Skripte (außer Sonderbänden) können kostenfrei von unserer Website herunter geladen werden.